

# Der »Stalin-Hitler-Pakt«

*Eine Tagung in Berlin lieferte Argumente gegen das antitotalitäre Geschichtsbild*

Die hochkarätige geschichtswissenschaftliche Tagung »Gab es einen Stalin-Hitler-Pakt?« an der »Freien Universität Berlin« (21. und 22. Februar 2014) beschäftigte sich detailliert mit dem 1939 abgeschlossenen deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag. Dabei wurden grundsätzliche Fragen berührt, mit denen wir Antifaschistinnen und Antifaschisten es immer wieder zu tun haben.

Prof. Günter Morsch stellte die Aktualität des Problems heraus: Seit Jahren

Opfer aller totalitären Regime des 20. Jahrhunderts am 23. August werden, dem Jahrestag der Unterzeichnung des »Hitler-Stalin-Pakts«. Der deutsch-sowjetische Nichtangriffsvertrag gilt dieser Geschichtsauffassung als Ergebnis und Beweis der Wesensgleichheit von Kommunismus und Faschismus. Die beiden totalitären Großmächte Nazideutschland und Sowjetunion sollen mit der im Nichtangriffsvertrag beschlossenen Aufteilung Polens den Zweiten Weltkrieg

aber eine zutiefst unsozialistische Großmachtspolitik und teilte, sich dabei über das Völkerrecht und gültige Verträge mit Polen hinwegsetzend, fremde Gebiete und Bevölkerungen am Kabinetttisch unter sich und Hitler auf. Stalins Politik beschränkte sich auch nicht auf Vorfeldsicherung und Zeitgewinn gegenüber der deutschen Bedrohung. Der »stalinistische Opportunismus« (W. Röhr) verbot nach dem Abschluss des Vertrages jede antifaschistische Agitation gegen Deutschland in der Sowjetunion und der Komintern. Diese Politik irritierte und demoralisierte viele antifaschistische Widerstandskämpfer und -kämpferinnen und konnte auch zu Spaltungen führen, wie Dr. Ulrich Schneider von der »Fédération International des Résistants« (FIR) darlegte. Schlimmer noch: Stalin lieferte Hunderte deutsche Kommunistinnen und Kommunisten an Gestapo und SS aus. Am schwersten jedoch wiegen die Massenmorde an vielen Tausend polnischen Offizieren, Geistlichen, Beamten und Akademikern durch den sowjetischen Geheimdienst NKWD nach der Besetzung Ostpolens. Wie Prof. Kurt Pätzold betonte, machen diese Verbrechen jeden Versuch einer Rechtfertigung der Stalinschen Politik unmöglich.

Ohne Anerkennung und Kritik des verbrecherischen Wesens des Stalinismus kann es keinen wirkungsvollen Widerstand gegen die anti-totalitäre Ideologie und ihre verzerrten Geschichtsbilder geben. Denn zwischen Totalitarismustheorie und Stalinismus besteht eine Wechselbeziehung: Jene besitzt genau in dem Maße Glaubwürdigkeit und Zugkraft, in dem dieser sich davon abwandte, eine menschenwürdige Gesellschaft zu schaffen, und stattdessen in blutigem Terror versank. Jedes Vorgehen gegen die anti-totalitäre Ideologie muss sich gleichzeitig gegen den Stalinismus richten, sonst wird es keine Überzeugungskraft entwickeln.

*Mathias Wörsching,  
VVN-BdA Pankow*

*Ein ausführlicherer Tagungsbericht mit grundsätzlichen Überlegungen zu Totalitarismustheorie und Stalinismus ist auf der Internetseite [www.faschismustheorie.de](http://www.faschismustheorie.de) unter »Veranstaltungen« zu finden.*



Fotos: wikipedia

**Abschluss des Nichtangriffspaktes am 24. August 1939. Von links nach rechts: Hintergrund: Richard Schulze-Kossens (Ribbentrops Adjutant), Boris Schaposchnikow (Generalstabschef der Roten Armee), Joachim von Ribbentrop, Josef Stalin, Wladimir Pawlow (sowjetischer Übersetzer); Vordergrund: Gustav Hilger (deutscher Übersetzer) und Wjatscheslaw Molotow**

versucht eine breite Koalition politischer Kräfte, die von nationalistischen und konservativen Formationen bis weit ins liberale, sozialdemokratische und grüne Spektrum reicht, ein verbindliches europäisches Geschichtsbild durchzusetzen. In Deutschland gehört zum Beispiel Bundespräsident Gauck zu den Motoren dieser geschichtspolitischen Offensive; eine treibende Kraft sind auch die neuen EU-Mitgliedsstaaten in Ost- und Südosteuropa. Diese neue historische »Meister-Erzählung« richtet sich in erster Linie gegen den »Totalitarismus«. Ihr zentraler politisch-symbolischer Ausdruck soll ein gesamteuropäischer Gedenktag für die

begonnen und verschuldet haben.

Der Nichtangriffsvertrag, das belegte die Tagung vielfach, war jedoch in erster Linie ein Ergebnis der antisowjetischen Beschwichtigungspolitik Großbritanniens und Frankreichs gegenüber Nazideutschland. Die Führungsgruppen der westlichen Großmächte hatten in ihrem blinden Antikommunismus zahlreiche sowjetische Vorschläge für ein Bündnis gegen Nazideutschland abgeblockt. Somit wird der Nichtangriffsvertrag als Notbehelf der Sowjetunion in schwieriger Lage verständlich.

Wie Prof. Werner Röhr ausführte, betrieb Stalin mit dem Nichtangriffsvertrag